

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Döl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wihl. Bell Jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 207

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Kellame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

Halver
Freitag, den 4. September

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herb und Scholle“

1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung hat verfügt, daß die Getreideeinfuhrscheine schon am 1. Oktober 1925, statt am 1. Januar 1926, in Kraft treten.

* Die wesentlichen Bestimmungen des Entwurfes der Regierung über ein Reichsschulgesetz sind vor der formalen Veröffentlichung schon bekannt geworden.

* In Genf hat die 35. Völkerbundtagung mit einer Sitzung des Völkerbundesrates begonnen.

* Mussolini, der italienische Ministerpräsident, will an der Ministertagung über den Sicherheitspakt teilnehmen.

* Bei den Kämpfen der Spanier gegen die Marokkaner wurde das spanische Truppentransportschiff „España Quinto“ mit 1000 Mann an Bord durch feindliches Bombardement zum Sinken gebracht.

Die italienische Überraschung.

Bei der begonnenen Besprechung der juristischen Sachverständigen Deutschlands, Belgiens, Frankreichs und Englands über die Grundlagen eines Sicherheitspaktes in London dürfte es keine Überraschungen geben, da es sich um rein informatorische Verhandlungen handelt, durch die keine der betreffenden Regierungen in irgendeiner Weise festgelegt wird. Eine Berichterstattung findet auch nicht statt, zumal wohl auch kaum ein offizielles Protokoll geführt werden dürfte. Man wollte in zwei bis drei Tagen fertig werden. Das Thema scheint aber doch umfangreicher zu sein; denn es heißt auf einmal, daß die Verhandlungen diese ganze Woche dauern werden.

Eine Überraschung hat es aber doch schon vorher gegeben insofern, als auf einmal Italien an den Verhandlungen teilzunehmen wünschte und einen Vertreter dazu entsandte. Es wird aber anzunehmen sein, daß der italienische Vertreter sich mehr als Beobachter, als Mitarbeiter fühlt, um den Leiter der italienischen Politik Mussolini auf dem laufenden halten zu können. Dieser legt jetzt ein besonderes Interesse für den Sicherheitspakt an den Tag. Die italienische Presse hat ebenso plötzlich eine heftige Diskussion darüber begonnen.

Es gab eine Zeit, wo sich Mussolini dem Völkerbunde und allen damit zusammenhängenden Fragen gegenüber nicht sehr freundlich gegenüberstellte. Vielleicht galt diese Abneigung weniger dem Gegenstande selbst, als daß sie das Mißtrauen gegen Handlungen seiner Amtsvorgänger ausdrückte. Der Umschwung in der Stimmung scheint während des italienisch-griechischen Konfliktes, der zur Befestigung Korfu führte, entstanden zu sein.

Die italienische Außenpolitik war bisher meist im englischen Sinne eingestellt, wandte sich vielmehr gegen die so stark von Frankreich beeinflussten früheren Genfer Beschlüsse. Vielleicht will Mussolini jetzt in der Frage des Sicherheitspaktes nicht hinter England zurückbleiben. Dieses hat ja ein großes Interesse an dem Zustandekommen, soll er doch die frühere Beschlüßfassung ersetzen. Aus gleichen Beweggründen mag jetzt auch Italien handeln. Diesem sagt man aber auch noch ganz realere Gründe nach. Hier scheiden sich die englischen und die italienischen Wege zu trennen.

England will nur als Garant eines Paktes auftreten. Es ist kaum anzunehmen, daß Italien für eine solche Rolle allein zu haben ist. Wir wissen ja, daß Frankreichs Ziel dahin geht, den Westpakt durch einen Ostpakt zu ergänzen, um, wie für seine eigene Grenze, ewige Sicherheit auch für eine für Polen und die Tschechoslowakei zu erreichen. In Italien macht man sich Sorge um die Brennergrenze. Es besteht daher die Wahrscheinlichkeit, daß Mussolini versuchen wird, auf irgendeine Weise auch die Brennerfrage mit der Paktfrage zu verquiden.

Bei der jetzigen europäischen Lage dürfte es allerdings schwerfallen, eine Verbindung der Brennerfrage mit dem übrigen herzustellen, da Deutschland kein Grenz Nachbar Italiens ist. Es sei denn, man halte dort in absehbarer Zeit den Anschluß Österreichs an Deutschland für eine vollzogene Tatsache. Mussolini hat ja vor nicht allzulanger Zeit sich heftig gegen den Zusammenschluß Deutschösterreichs mit dem Deutschen Reich geäußert. Käme ein solcher, der auf beiden Seiten allgemein gewünscht wird, zustande, dann rückt die beim Kriegsende so weit nach Norden und in deutsches Gebiet vorgeschobene italienische Grenze allerdings in den Kreis der Betrachtung.

Allerdings dürfte sich in Deutschland kaum ein Politiker oder ein Mensch finden, der Italien die Brennergrenze ewig garantieren würde. Wenn sie uns auch jetzt nicht direkt angeht, so hat man doch die Auslieferung so urdeutscher Gebiete, wie Südtirol, an ein fremdstämmiges Land immer als großes Unrecht angesehen, zumal man sehen muß, wie leicht dort die italienischen Chauvinisten mit den brutalsten Mitteln gegen alles Deutsche vorgehen. Die Brennerfrage könnte von uns höchstens so behandelt werden wie die Frage der Ostgrenze, das heißt, eine Änderung wird für wünschenswert gehalten, wenn sie auch nicht in gewaltsamer Weise zu erfolgen braucht, was jedoch nicht letzten Endes von Deutschland abhängt. Dieser Wunsch nach Änderung wird dadurch besonders gefördert, daß man den deutschen Minderheiten in Polen, in der Tschechoslowakei und in Italien das Leben so sauer macht, die deshalb schon von sich aus mit allen Kräften die Wiedervereinigung mit Deutschland oder einem deutschen Lande herbeiführen.

Mussolini bei der Ministertagung.

Wie die Londoner „Times“ aus Rom melden, beabsichtigt Mussolini, persönlich an der geplanten Ministertagung zur Behandlung der Vorschläge für einen Sicherheitspakt teilzunehmen.

Entwurf zum Reichsschulgesetz

Regierungspläne zur Schulreform.

Berlin, 2. September.

Die seit Jahren dauernden Auseinandersetzungen über die Gestaltung des in der Verfassung vorgesehenen Reichsschulgesetzes scheiden endlich zu einem Resultat geführt zu haben. Die formelle Bekanntgabe des Regierungsentwurfes, der dem Reichstag zugehen wird, soll unmittelbar bevorstehen. Schon jetzt aber werden die wichtigsten Bestimmungen des Entwurfes bekannt, wobei man dem Berliner linksstehenden Organ, das in der Lage gewesen ist, sich die Kenntnis vom Inhalt des Entwurfes zu verschaffen, die Verantwortung überlassen muß.

Die Vorschläge, wie sie die Regierung nach den in die Öffentlichkeit dringenden Angaben dem Reichstage unterbreiten will, gliedern sich in vier Abschnitte und 32 Paragraphen. In einer beigegebenen ausführlichen Begründung werden sie empfohlen.

Pflege der Bekenntnisschule.

Im ersten Paragraphen des Entwurfes heißt es angelehnt: „Unter Bekenntnis im Sinne des Gesetzes ist ein Religionsbekenntnis zu verstehen, zu dessen gemeinschaftlicher Pflege eine Religionsgesellschaft besteht, welche die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechtes besitzt.“ Der zweite Paragraph sagt, daß unter Weltanschauung im Sinne des Gesetzes eine Weltanschauung zu verstehen ist, zu deren gemeinschaftlicher Pflege eine Weltanschauungsgesellschaft besteht, welche die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechtes besitzt. Im Paragraphen 5 heißt es, daß die Bekenntnisschulen nach dem Bekenntnisse zu bezeichnen seien, für das sie bestimmt sind.

Die gesamte Unterrichts- und Erziehungsarbeit in den Bekenntnisschulen müsse getragen sein von dem Geiste des Bekenntnisses, für welches sie bestimmt sind. Im Lehrplan und Lehrstoff sowie bei der Auswahl der Lehrer und Lehrmittel muß gebührende Rücksicht auf das bekenntnismäßige Gepräge der Schule genommen werden. Im Schulbetriebe sind die dem Bekenntnisse eigenen religiösen Übungen und herkömmlichen

Gebräuche zu pflegen. Die Einführung von Lehr- und Lernbüchern für den Religionsunterricht hat im Benehmen mit der Religionsgesellschaft zu erfolgen. Die Zahl der Unterrichtsstunden und der Lehrplan hierfür ist im Einvernehmen mit der Religionsgesellschaft festzusetzen. Lehrern, deren Tätigkeit den Vorschriften zuwiderläuft, ist erforderlichenfalls der Unterricht an der Bekenntnisschule abzunehmen.

Im Paragraphen 15 wird bestimmt, daß zur Errichtung einer konfessionellen Schule in jedem Fall ein Antrag genügt, der 40 Unterschriften von Eltern oder Erziehungsberechtigten schulpflichtiger Kinder trägt. Ein solcher Antrag kann jederzeit gestellt werden. Wird er abgelehnt, so kann er nach Ablauf von drei Jahren wiederholt werden.

Die Handhabung des Unterrichts in den Volksschulen regelt Abschnitt 3. Der Religionsunterricht soll ordentliches Lehrfach sein. Er ist in Abstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgesellschaft unbeschadet des Aufsichtrechtes des Staates zu erteilen. Den Religionsgesellschaften ist ausreichende Gelegenheit zu geben, auch durch Besuch des Religionsunterrichtes durch besondere Beauftragte sich davon zu überzeugen, ob diesem Erfordernis entsprochen wird. Sollte eine Religionsgesellschaft feststellen, daß das nicht geschieht, so hat sie das Recht, die betreffende Landesregierung zur Abhilfe aufzufordern. Die Landesregierung ist dann verpflichtet, den geforderten Erfordernissen in jeder Beziehung Geltung zu verschaffen. Die Länder haben die nötigen Vorkehrungen zu treffen, damit den Religionsunterricht erteilenden Lehrern und Lehrerinnen eine angemessene Ausbildung zuteil wird. Ferner sind in die örtlichen Schulverwaltungen, denen Volksschulen mit einem als ordentliches Lehrfach eingeführten Religionsunterricht unterstehen, Vertreter der in Frage kommenden Religionsgesellschaften aufzunehmen und ihnen Sitz und Stimme zu erteilen. Auch muß bei der Besetzung der Stellen von Schulaufsichtsbeamten auf die ihnen unterstellten Schulen Rücksicht genommen werden.

Zweifelslos wird der Entwurf, der nun in dieser oder in ähnlicher Form vorliegt, lebhaft Diskussionen sowohl inner- wie außerhalb des Parlamentes hervorrufen, da er die vielleicht wichtigste innere Frage in Angriff nimmt: die Heranbildung der Jugend für das zukünftige Deutschland.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Auslandsdeutschtum und Reichstagswahlrecht.

Die letzte Sitzung der Tagung des Auslandsdeutschtums in der Heimat beschäftigte sich eingehend mit der Frage des aktiven Reichstagswahlrechtes der Auslandsdeutschen. Es gelangte hierzu folgende Entschließung zur Annahme: „Die zur Tagung des Auslandsdeutschtums in der Heimat versammelten Auslandsdeutschen bitten, daß die Reichsregierung den gesetzgebenden Körperschaften eine Novelle zum Reichswahlgesetz vorlegen möge, die Bestimmungen darüber trifft, in welcher Weise die im Ausland anfassigen Reichsangehörigen das ihnen nach der Reichsverfassung zustehende Wahlrecht ausüben können.“

Teilweise Räumung von Kleve.

Als erste Stadt der nördlichen seit 1918 besetzten Rheinlandzone ist die Stadt Kleve von den belgischen Besatzungstruppen zum Teil geräumt worden. Die neue Kaserne wurde der Stadtverwaltung übergeben. Die alte Kaserne bleibt vorläufig beschlagnahmt. Eine unsichtbare Besatzung, bestehend aus dem Delegierten und einigen Mann Gendarmerie, bleibt am Orte. Außerdem ist eine kleine Abteilung Infanterie zu Aufräumarbeiten eingetroffen.

Kommunistischer Kadavergehorsam.

Im Preussischen Landtag fand eine Konferenz führender kommunistischer Politiker statt, die sich mit der Lage in der Partei beschäftigten und in der Thälmann, der jetzt an Stelle von Ruth Fischer zur Führung der Partei von Moskau kommandiert worden ist, das Referat hielt. Mit 42 gegen 7 Stimmen bei 2 Stimmenthaltung wurde eine Resolution angenommen, die sich „vorbehaltlos auf den Boden der Beschlüsse der Komintern in der deutschen Frage stellt“, den Brief der Exekutive billigt und die von der russischen Zentrale angeordneten Maßnahmen akzeptiert, in der Erkenntnis, daß deren Gesamtheit „nicht nur organisatorische Umstellungen, sondern eine politische Kursänderung bedeutet“. Damit haben sich also die deutschen Kommunisten dem Moskauer Diktat bedingungslos unterworfen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Im Hauptausschuß des Reichstages wurde ein Antrag angenommen, nach dem das Tragen der Reichsfarben an Schulfesttagen allen Schülern gestattet ist. Mainz. Der Verleger und Redakteur des „Mayer Beobachters“, Reinhold Pfund, wurde von dem hiesigen Militärpolizeigericht wegen Abdrucks eines Artikels über die Abrüstungsfrage in Frankreich zu zwei Monaten Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Saarbrücken. Im Walde von Herrenforst bei Saarbrücken im Saargebiet wird am 13. September ein Ebertdenkmal enthüllt.

Gebräuche zu pflegen. Die Einführung von Lehr- und Lernbüchern für den Religionsunterricht hat im Benehmen mit der Religionsgesellschaft zu erfolgen. Die Zahl der Unterrichtsstunden und der Lehrplan hierfür ist im Einvernehmen mit der Religionsgesellschaft festzusetzen. Lehrern, deren Tätigkeit den Vorschriften zuwiderläuft, ist erforderlichenfalls der Unterricht an der Bekenntnisschule abzunehmen.

Im Paragraphen 15 wird bestimmt, daß zur Errichtung einer konfessionellen Schule in jedem Fall ein Antrag genügt, der 40 Unterschriften von Eltern oder Erziehungsberechtigten schulpflichtiger Kinder trägt. Ein solcher Antrag kann jederzeit gestellt werden. Wird er abgelehnt, so kann er nach Ablauf von drei Jahren wiederholt werden.

Die Handhabung des Unterrichts in den Volksschulen regelt Abschnitt 3. Der Religionsunterricht soll ordentliches Lehrfach sein. Er ist in Abstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgesellschaft unbeschadet des Aufsichtrechtes des Staates zu erteilen. Den Religionsgesellschaften ist ausreichende Gelegenheit zu geben, auch durch Besuch des Religionsunterrichtes durch besondere Beauftragte sich davon zu überzeugen, ob diesem Erfordernis entsprochen wird. Sollte eine Religionsgesellschaft feststellen, daß das nicht geschieht, so hat sie das Recht, die betreffende Landesregierung zur Abhilfe aufzufordern. Die Landesregierung ist dann verpflichtet, den geforderten Erfordernissen in jeder Beziehung Geltung zu verschaffen. Die Länder haben die nötigen Vorkehrungen zu treffen, damit den Religionsunterricht erteilenden Lehrern und Lehrerinnen eine angemessene Ausbildung zuteil wird. Ferner sind in die örtlichen Schulverwaltungen, denen Volksschulen mit einem als ordentliches Lehrfach eingeführten Religionsunterricht unterstehen, Vertreter der in Frage kommenden Religionsgesellschaften aufzunehmen und ihnen Sitz und Stimme zu erteilen. Auch muß bei der Besetzung der Stellen von Schulaufsichtsbeamten auf die ihnen unterstellten Schulen Rücksicht genommen werden.

Zweifelslos wird der Entwurf, der nun in dieser oder in ähnlicher Form vorliegt, lebhaft Diskussionen sowohl inner- wie außerhalb des Parlamentes hervorrufen, da er die vielleicht wichtigste innere Frage in Angriff nimmt: die Heranbildung der Jugend für das zukünftige Deutschland.

Paris. Die großen französischen Herbstmanöver haben in der Gegend des aus dem Weltkrieg her bekannten Chemin des Dames begonnen. Die Leitung der Manöver liegt in den Händen des Gouverneurs von Paris, General Gouraud.

Paris. Zum 24. Weltfriedenskongress in der Sorbonne, der am 3. September beginnt, sind 400 deutsche Anmeldungen eingegangen.

Paris. Sabas meldet aus Santiago de Chile: Der Kassationshof hat die von der deutschen Gesellschaft Oberhauser-Müller eingelegte Berufung einstimmig verworfen. Das Urteil spricht einer französischen Gesellschaft das Eigentum an den bedeutenden Eisenerzlager in Chile zu.

Rom. In Regierungskreisen verlangt man von der nach Washington gehenden Schulddelegation, daß sie auf einer Herabsetzung der Schulden an Amerika besteht, da Italien den ganzen Schuldbetrag mit Zinsen nicht begleichen kann.

Peking. General Hupeifu hat durch einen Erlaß die seiner Autorität unterstehenden Provinzen für unabhängig erklärt.

Arbeitsbeginn in Genf.

Genf, 2. September.

Die Stadt hat wieder das berühmte internationale Aussehen, denn die Beratungen des Völkerbundesrates haben begonnen. Wohlgeordnet, der Rat beginnt zu arbeiten, also sozusagen der Ausschuss, in dem allerdings die wichtigsten Staaten sitzen, während der Völkerbund als Vollversammlung sich erst vom nächsten Montag ab präsentiert.

Die erste öffentliche Sitzung des Rates bereitet allen denen eine Enttäuschung, die auf sensationelle Erklärungen gehofft hatten. Die Moskaufrage, also der Streit zwischen der Türkei und England, wurde nicht, wie erwartet, behandelt, das soll erst morgen geschehen. Inzwischen warten die eingetroffenen großen Herren der Diplomatie, die Chamberlain und Briand, auf die Ergebnisse der Londoner Juristenkonferenz, um ihre Haltung zu der für nächste Woche bevorstehenden Beratung über den Sicherheitspakt einstellen zu können. Der Rat genehmigte heute die Berichte über die Vorarbeiten zur Schaffung einer internationalen Versicherung bei elementaren Naturkatastrophen, über die Entsendung einer Untersuchungskommission in gewisse opiumfabrizierende Länder und über die Maßnahmen zur Abschaffung der Sklaverei.

Londoner Juristenkonferenz.

London, 2. September.

Trotzdem keine Veröffentlichungen über die Beratungen der juristischen Sachverständigen über die Formalitäten der Sicherheitspaktverhandlung in Genf erfolgen, kann doch ein Teil der Blätter melden, die Debatte sei teilweise außerordentlich lebhaft gewesen, da sich sowohl zwischen den Alliierten als auch zwischen einigen von ihnen und dem deutschen Vertreter Dr. Gaus Meinungsverschiedenheiten ergaben. Dr. Gaus soll dabei im besonderen betont haben, daß der Pakt nicht nur in seiner Form, sondern in der Wirkung zweiseitig, also auf voller Gegenseitigkeit beruhend, sein müsse. Diesen Geist müsse der Pakt unbedingt tragen.

Die erste Dawes-Milliarde gezahlt.

Neuer Lufttransport von Dawes-Obligationen.

Berlin, 2. September.

Nach Mitteilung des Generalagenten für Reparationszahlungen hat die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft am 31. August die am 1. September 1925 noch fälligen Zinsen ihrer Reparationsobligationen gezahlt. Damit sind die von Deutschland im ersten am 1. September vorigen Jahres begonnenen Geschäftsjahr des Sachverständigenplanes zu leistenden Zahlungen vollständig bewirkt. Diese Zahlungen belaufen sich auf insgesamt 1 Milliarde Goldmark, wovon 800 Millionen dem Ertrage der im Herbst v. J. aufgelegten deutschen Auslandsanleihe entnommen wurden. Die restlichen 200 Millionen wurden von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft als Zinszahlungen für die auf Grund des Sachverständigenplanes zu Reparationszwecken begebenen Obligationen in Höhe von 11 Milliarden Goldmark geleistet.

Heute morgen startete ein Janters-Großflugzeug mit neun Millionen Pfund Dawes-Obligationen nach London. Das Flugzeug unterbricht den Flug in Amsterdam, wo ein Teil der Obligationen für Paris umgeladen wird.

Ein spanischer Truppentransport versenkt.

Mißglückte spanische Landungsversuche.

Das Bombardement der Bucht von Alhucemas durch die französisch-spanische Flotte hat die große Offensive der Spanier in Marokko eingeleitet. Der Beschließung sollen auch bereits spanische Landungsversuche bei Ajdir gefolgt sein, die jedoch fehlgeschlagen sind. Die Spanier beabsichtigen nunmehr bei Ajdir, 15 Kilometer östlich von Alhucemas, zu landen, von wo Ajdir leicht zu erreichen ist. Bei Scheschauen finden starke Truppenzusammenschlüsse statt; man erwartet von dieser Seite einen Gegenangriff.

Während der französisch-spanischen Angriffe auf Ajdir ereignete sich ein für die Verbündeten folgenschwerer Unglücksfall. Das spanische Transportschiff „España Quintero“, das etwa 1000 Soldaten der spanischen Fremdenlegion an Bord hatte, sank infolge des Bombardements der Riffküste mit allen an Bord befindlichen Leuten. Ferner wurde der Kommandant des Kreuzers „Alfonso XIV.“ verwundet.

Savas meldet aus Marseille: Der amerikanische Konsul in Damaskus, der gestern Abend mit dem Dampfer „Corbillet“ hier eingetroffen ist, erklärte: Die Ruhe in Syrien ist wiederhergestellt. Damaskus ist niemals ernsthaft bedroht gewesen. Auch in Beirut herrscht Ruhe. Die dauernd eintreffenden Verstärkungen werden es den Franzosen erlauben, in kurzer Zeit die Ordnung im Lande vollkommen wiederherzustellen.

Getreideeinfuhrscheine ab 1. Oktober.

Verfügung der Regierung.

Die Reichsregierung hat die Vollgültigkeit des Getreideeinfuhrscheines, die erst am 1. Januar 1926 in Kraft treten sollte, nunmehr für den 1. Oktober festgelegt. Die Regierung hat sich damit zu den Ansichten des Landbundes in dieser Frage bekehren lassen, der die unbeschränkte Einfuhr des Getreideeinfuhrscheins verlangte. Die Reichsregierung vertritt den Standpunkt, daß irgendwelche erhebliche Mengen zollfrei eingeführten Getreides nicht mehr in Deutschland lagern, daß also eine Abgangsregelung jetzt entbehrlich geworden ist.

Das Hinscheiden Peter Spahns.

Einer der alten Zentrumsführer.

Der ältere Spahn war einer der alten Zentrumsführer, die schon in der Kulturkampfzeit die parlamentarischen Sporen errangen. Seit Jahren kränkelnd, trat er in der Öffentlichkeit weniger hervor, nahm aber regen Anteil an allen politischen Fragen, und in der Partei stand er ohne Zweifel richtunggebend in vorderster Reihe. Er war Rheinländer, geboren in Wintel im Rheingau, schlug die juristische Laufbahn ein und war der Reihe nach Amtsrichter, Landrichter, Oberlandesgerichtsrat, Reichsgerichtsrat, Oberlandesgerichtspräsident. Von 1917 bis zur Revolution war er preussischer Justizminister. In den Jahren von 1882 bis 1898 gehörte er dem Preussischen Abgeordneten-

Wenn die Schatten weichen.

Roman von Ferdinand Runkel.

30

Nachdruck verboten

7. Kapitel.

In dem Steinsarge aus der Wolfganger Feldmark war ein eigentümlicher Schatz gefunden worden, der sicherlich nicht auf alamannischen Ursprung zurückgeführt werden konnte. Die menschlichen Überreste zeigten durchaus nicht den Charakter des alamannischen Langschädels, und Ueberbleibsel von Bekleidung, womit der Verstorbene angetan gewesen war, deuteten auf einen Servitenbruder des nahen Klosters. In den gefalteten Händen hielt das stark verwitterte Skelett ein Gebetbuch, das in altes Pergament gebunden war, und durch diesen Einband hindurch schimmernden Schriftzüge.

Rüder und Poirier, die beide Althilologen waren, wußten doch so viel von der deutschen Literatur, daß Grimm einst das Hildebrandslied auf dem Pergament einband eines alten Fuldaer Gebetbuches entdeckt hatte. Vielleicht lag hier etwas Ähnliches vor, vielleicht fanden sich auch nur ganz wertlose Kopien. Jedenfalls mußte man einen germanischen Philologen, der mit dem Stand der modernen Wissenschaft vertraut war, zu Rate ziehen. Und da dachten sie beide sofort an ihren jungen Kollegen Müller.

Mag hatte das Gebetbuch, dessen Blätter von der Feuchtigkeit der Erde außerordentlich mürbe waren, sorgfältig untersucht und mit Hilfe eines Buchbinders das Pergament des Einbandes abgelöst. Aber die Schriftzüge waren vollständig unleserlich. Trotzdem zeigte es sich, daß sie von einer Mönchshand geschrieben waren und aus dem Mittelalter stammten, denn sie hatten die charakteristischen farbig verzierten gotischen Schriftzeichen. Zu lesen war leider nichts.

Mag äußerte sich über diese bedauerliche Tatsache seinem Direktor gegenüber und fügte hinzu, daß man wohl um einen wichtigen Fund althochdeutscher Literatur gekommen sei. Aber der Direktor schüttelte bedächtig den schönen Jupiterkopf und antwortete:

„So schnell wollen wir doch nicht verzagen, lieber Müller. Zunächst müssen wir Duncker, der ja mit allen

nerendhause, von 1834 an bis zu seinem Ableben mit kurzer Unterbrechung dem Deutschen Reichstag an. Sein lebenswürdiges Wesen und die Ehrlichkeit seiner Urzeugung machten es erklärlich, daß er in der Tat keine Feinde besaß und auch der schärfste politische Gegner ihm die Hochachtung nicht verweigerte. Alles im Parlament hörte aufmerksam zu, wenn er sprach, trotzdem er nur ein unzulängliches Organ und keine bedeutende Rednergabe besaß. Aber was er sagte, war klar und beherrscht, stets durchdacht und der Wille zur Gerechtigkeit leuchtete daraus hervor. Spahns Fleiß und seine Gewissenhaftigkeit waren sprichwörtlich.

Der Tod überraschte den Kennenstehenden in den Bildungen, wo er Erholung suchte. Reichspräsident von Hindenburg, Reichsminister Dr. Luther und andere hervorragende Persönlichkeiten richteten Beileidstelegramme an die Zentrumsfraktion und an den Sohn des Verstorbenen, den Professor Dr. Martin Spahn in Adeln, der früher ebenfalls dem Zentrum als Reichstagsabgeordneter angehörte, väterlich aber zu den Deutschnationalen übertrat.

Die Typhusepidemie in Deutschland.

Weitere Todesfälle in Hanau.

Die Hanauer Typhusepidemie hat weitere Todesopfer gefordert. Die Zahl der Todesfälle beträgt jetzt 17; in Behandlung befinden sich noch 80 Personen an Unterleibstypus. In Anklam ist die Zahl der Typhuserkrankungen weiter zurückgegangen. Es wurden nur sechs neue Erkrankte in das Krankenhaus eingeliefert, davon drei vom Lande. Es befinden sich noch 113 Typhuserkrankte im Krankenhaus.

Wie aus Würzburg gemeldet wird, starb im Zivilpoli-Krankenhaus die 21 Jahre alte Agnes Grimm, die in Aschaffenburg in Stellung war, an Typhus. Auch in Weibrücken ist Typhus festgestellt worden. Er ist angeblich von zwei auswärtigen Personen eingeschleppt worden. Vorläufig sind drei ernste Fälle festgestellt und alle Maßnahmen getroffen worden, um eine Ausbreitung zu verhindern.

Auch in Anklam herrscht bekanntlich wieder sehr stark Typhus. In Petersburg sind die Krankenhäuser überfüllt. Die Behörden treffen Maßnahmen zur Unterbringung der Kranken, die von den Krankenhäusern nicht mehr aufgenommen werden können.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 4. September 1925.

□ Falsche Reichsbanknoten über 20 Reichsmark. Von den seit November vorigen Jahres zur Herausgabe gelangten Reichsbanknoten über 20 Mark mit dem Datum des 11. Oktober 1924, die ihren Schutz in einem natürlichen, über die ganze Notensfläche reichenden Wasserzeichen (stilisierte Reichsadler mit darüber befindlichem Worte „Reichsbank“) und in den im Papierstoff eingebetteten purpurroten Pflanzensfasern sowie in der die ganze Fläche des Scheinrandes bedeckenden gemusterten Blindprägung tragen, ist eine Fälschung festgestellt worden, die als solche an nachstehenden Merkmalen zu erkennen ist. Wasserzeichen: Stellenweise kräftig und scharf, stellenweise kaum sichtbar nachgebildet. Pflanzensfasern: Blau, aufgefälscht. Fälschungsbildnis: Fläche Wiedergabe, Augen-, Nasen- und Mundzeichnung in dünnen Linien ausgeführt. Die Reichsbank hat eine Befehlsmacht bis zu 1000 Reichsmark ausgesetzt, die an diejenigen Personen verteilt werden soll, deren Mithilfe zur Festnahme der Fälscher der vorbezeichneten Nachbildung führt.

□ Berücksichtigung von Witterschäden bei den Steuerleistungen der Landwirte. Eine Verordnung des Reichsfinanzministers regelt die Umstände und das Verfahren, unter denen bei der Einkommen-, Vermögens- und Umsatzsteuer die Witterungsschäden zu berücksichtigen sind, die das Erntergebnis in einzelnen Bezirken und damit die Steuerfähigkeit der beteiligten Landwirte wesentlich beeinträchtigt haben.

—hk Vor der Unterzeichnung des deutsch-russischen Handelsvertrages. Wie wir von informierter Seite erfahren, sind die Verhandlungen über einen deutsch-russischen Handelsvertrag soweit fortgeschritten, daß in der nächsten Zeit die Unterzeichnung des Vertrages von den Vertretern der Regierungen zu erwarten ist. Der Termin für die Veröffentlichung des

Inhalts der Note ist noch abhängig von einer Vereinbarung der beteiligten Regierungen.

—hk Nach der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken dürfen zollpflichtige Gegenstände in Briefen nicht versandt werden. Ebenso sind Warenproben, die einen Handelswert besitzen, zur Postbeförderung nicht zugelassen. Zollpflichtige Gegenstände können im Verkehr mit Rußland nur in Paketen verschickt werden. Die Postverwaltung der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken beklagt sich darüber, daß ihr aus deutschen Versenderkreisen trotz dieses Verbots doch noch häufiger Briefe mit zollpflichtigem Inhalt und Warenproben mit Handelswert zugehen. Derartige Sendungen mit unzulässigem Inhalt sind nicht zugelassen; sie werden an die Absender zurückgeschickt.

—hk Briefsendungen nach der Türkei. Briefsendungen nach Orten in der Türkei, die der dortigen Militärzensur unterliegen und bisher nur in türkischer Sprache zulässig waren, dürfen jetzt auch in französischer Sprache abgeschickt werden.

— Die Landesbank der Provinz Westfalen legt ihren Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1924 vor. Das Geschäftsjahr umfaßt einen Zeitraum von 9 Monaten, da zum erstenmal das Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr zusammengelegt und am 31. Dezember 1924 abgeschlossen ist. Die Bilanzsumme beträgt 71 603 831 RM. Das Betriebskapital beläuft sich auf 7 800 000 RM. Die Rücklagen betragen 1 098 287 RM. Die Kreditoren belaufen sich auf 56,5 Millionen RM, worunter sich 10 Millionen langfristige Termingelder befinden. Demgegenüber werden an sofort greifbaren Mitteln 12,6 Millionen RM ausgewiesen, wozu noch 3 Millionen Schecks, Wechsel und Schatzanweisungen und 2,2 Millionen Wertpapiere treten, die einen Kurswert von 2,8 Millionen RM hatten. Die kurzfristigen Debitoren belaufen sich auf 45,1 Millionen RM. Die Einnahmen aus Zinsen und Provisionen betragen 1 553 812 RM. Wertpapieren 366 445 RM, Dividenden und Sorten 50 257 RM. Dagegen wurden vorausgabig an Verwaltungskosten 1 427 130 RM, sodaß ein Reingewinn von 543 384 RM verbleibt. Die Befriedigung des Kreditbedürfnisses der westf. Kommunen, die stets eine der vornehmsten Aufgaben der Landesbank gewesen ist, konnte wegen der Kapitalknappheit nur in mäßigem Umfang und nur mit kurzfristigem Kredit erfolgen, da auf dem Anleihewege kein Kapital für die Kommunen beschafft werden konnte. Der westfälischen Landwirtschaft vermittelte die Landesbank auf dem Wege über die Sparkassen an Erntekrediten 4,9 Millionen RM, und an Saatgutkrediten 3 Millionen RM. Durch den Beitritt der Landesbank zum Deutschen Sparkassen und Giroverband Berlin ist die Landesbank auch formell Girozentrale der westfälischen Sparkassen geworden, nachdem sie von Anfang an die Aufgaben einer westfälischen Girozentrale erfüllt hat. Die Spareinlagen der westfälischen Sparkassen stiegen im Geschäftsjahr von 15,2 auf 76,2, die Scheckeinlagen von 44,6 auf 58,4 Millionen Reichsmark, so daß die Gesamteinlagen am Schluß des Geschäftsjahres sich auf 134,6 Millionen RM. beliefen. Der engeren Zusammenarbeit der Landesbank mit den Sparkassen des westfälischen Industriebezirks dienen die neu gegründeten Zweigstellen in Dortmund, Hagen und Bielefeld. Gegenüber dem Vorjahre weisen sämtliche Geschäftszweige eine beachtenswerte Zunahme auf. Verluste sind bei der Landesbank nicht eingetreten und auch aus den eingegangenen Engagements nicht zu erwarten.

— Salver, 3. Aug. Die Tagesordnung für die Sitzung der Gemeinde-Vertretung Salver am Freitag, den 4. d. M., umfaßt folgende Punkte: 1. Freigabe von Gemeindewegen für die Autolinie Wipperfurth-Lüdenscheid. 2. Spielplatzfrage. 3. Beihilfsantrag. 4. Steuererlaßanträge.

□ Salver, 3. Sept. Treue Dienstzeit. Der Landwirtschaftsgehilfe Karl Bleiter kann am Samstag, den 5. September auf eine ununterbrochene 50-jährige Dienstzeit bei der Familie Gutsbesitzer Bremder zu Schöneberge zurückblicken. Treue um Treue, Freud und Leid, das sind die Ideale der Zusammengehörigkeit in einer

„So hatte der Direktor also doch recht, daß Sie in dieser Richtung Rat wußten.“

„Nichts leichter als das. Geben Sie mir das Blatt her, und ehe eine Stunde vergeht, sollen Sie eine prächtige photographische Kopie haben, und bis morgen oder übermorgen stelle ich Ihnen auch das Original in leserlichem Zustande wieder zu. Aber Sie müssen mich entschuldigen, nur einen Moment, ich muß hier erst einen kleinen Hilfszettel ausrechnen, damit ich meine Arbeit zum Abschluß bringe.“

„Mag nahm ein paar Zeitungen vom Tisch und begann zu lesen, indes Duncker an seinen Schreibtisch zurückkehrte und bald wieder in seine Arbeit vertieft war.“

Die Minuten verstrichen, eine Viertelstunde ging hin, eine halbe Stunde, Duncker regte sich nicht. Er rechnete und zeichnete und hatte wahrscheinlich seinen Gast und die althochdeutsche Handschrift längst vergessen. Mag wurde

allmählich ungeduldig. Noch eine Viertelstunde, sagte er sich, will ich warten, dann aber gehe ich meiner Wege. Aber auch die Viertelstunde verging, und Duncker rührte sich nicht von seinem Platz. Da stand der junge Gelehrte auf, trat an den Schreibtisch und sagte mit lebenswärtiger Ironie: „Herr Professor, wenn Sie vielleicht einen Moment Zeit haben, möchte ich mich verabschieden.“

Duncker stand auf, sah ihn einen Augenblick mit höchstem Erstaunen an, dann dämmerte ihm die Erinnerung. Er sprang auf, legte ihm beide Hände auf die Schultern und lachte laut.

„Nehmen Sie mir's nicht übel, lieber Kollege, aber Sie wissen, der Archimedes hatte in seiner Todesstunde keinen andern Gedanken, als seine Mathematik. Nehmen Sie mir's nicht übel, es war wirklich nicht böse gemeint. Aber noch ist es hell genug. Sehen Sie, es war eine so wirre unlösliche Formel, und jetzt habe ich den komplizierten Ausdruck endlich in eine Winkeltangente gebracht. Ich will ihn nur noch ausrechnen.“

„Nein, nein, wenn Sie den Winkel erst ausrechnen, dauern's noch dreiviertel Stunden.“

„Ja, ja, Sie haben recht, wir sind unverbesserlich. Die Mathematik... nun, ich will nichts über Sie sagen, aber der Drang nach dem Resultat, nach der absoluten Gewißheit ist so intensiv, daß man wirklich alles um sich her verausacht.“

(Fortsetzung folgt)

Spiel und Sport.

Sp. Die Meisterschaften der Turner. Die Meisterschaften in den vollstündlichen Übungen der Deutschen Turnerschaft wurden in Leipzig auf dem Platze des Turnvereins 1867 ausgetragen. Infolge des in der vergangenen Woche niedergegangenen Regens waren die Lauf- und Sprungbahnen sehr weich und die Leistungen dadurch beeinträchtigt. Trotzdem wurden sieben neue Höchstleistungen erzielt, und auch der Gesamtdurchschnitt war ein erfreulich hoher. Ganz besonders ist die Leistung im Marathonlauf von Theuerlauf (Berliner Turnerschaft) zu erwähnen, der die 41,480 Kilometer lange Strecke in 2 Stunden 37 Minuten 37,4 Sekunden zurücklegte. Auch Meyer (Turngemeinde Berlin) vermochte diesen langen Weg in 2 Stunden 40 Minuten 43,6 Sekunden zu durchlaufen. Glosow (Rathenow) verbesserte den Stabhochsprungrekord auf 3,69 Meter. Besondere Erwähnung verdienen auch die Frauenwettbewerbe, wobei Fräulein Junter (Kassel) die 100 Meter in der Weltrekordzeit von 12,4 Sekunden absolvierte, im Weitsprung Fräulein Fuchsheim (Zahn-Reutlingen) 5,505 Meter erreichte.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Gefängnis für einen fahrlässigen Chauffeur. Unter der Anklage der fahrlässigen Tötung stand vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte der Chauffeur Karl Bergmann. Als der Angeklagte einen Handwagen überholen wollte, stießen das Hinterrad und das rechte Trittbrett seines Autos gegen den leichten Wagen. Dabei kam der Führer des Handwagens, der Händler Krollmann, so unglücklich zu Fall, daß er an den Folgen des Unfalls starb. Mit Rücksicht auf die bisherige Unbestraftheit und die guten Zeugnisse des Angeklagten erlante das Gericht auf 6 Monate Gefängnis.

§ Der Leipziger Hochverratsprozess. Am zweiten Verhandlungstage des Prozesses gegen die Zentrale der K. P. D. kamen Schriften des Hauptangeklagten Maslow zur Verlesung, in denen die Anklagebehörde den Hochverrat erblickt. Maslow bemerkt hierzu, dem Staatsanwalt erscheine offenbar das Wort „Campagne“ besonders hochverräterisch, darunter könne man aber alles mögliche verstehen. Jetzt werde z. B. eine Campaigne für den Bau von Zeppelin-Luftschiffen geführt. Das gelte auch für das vom Reichsanwalt als gefährlich angesehene Wort „Kampf“. Darunter habe er, Maslow, in den meisten Fällen die inneren Kämpfe der Partei verstanden. Der Kampf um die Eroberung der Macht und um die Arbeiterregierung sei nach dem Willen der Mehrheit der Partei auf völlig legalen parlamentarischen Wege erfolgt. Das sei durch die Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen bewiesen worden.

Kongresse und Versammlungen.

k. Der Breslauer Gewerkschaftskongress. Die Aussprache ergab den Einheitswillen der deutschen Arbeiterchaft und die Ablehnung aller unter der Parole der Gewerkschaftseinheit und eines positiven Kampfsprogramms von kommunistischer Seite versuchten Zellen- und Fraktionsbildungen. Der Gewerkschaftsführer Hufmann wies auf den völligen Verrat der kommunistisch-unionistischen Bestrebungen zur Zerreißung der Gewerkschaftseinheit hin, rechtfertigte das Verhalten der Arbeiterchaft im Ruhrkampf und betonte die Notwendigkeit größter Geschlossenheit. Über die Frage der Forderung des Volkseigentums über den Achtstundentag entstanden zwischen der Bundesleitung und dem Metallarbeiterverband Differenzen. Doch einigte man sich schließlich in einer Resolution, in der die Forderung der achtstündigen Arbeitszeit erneut betont und der Bundesvorstand beauftragt wird, seine Bestrebungen zur Herbeiführung des Achtstundentages energisch fortzusetzen, und die auch den Volkseigentum als eines der Mittel dazu vorseht. Das Mitglied des Bundesvorstandes Egger nahm Stellung zu dem Referentenentwurf der Verfassung des endgültigen Reichswirtschaftsrates. Der Redner betonte, daß der Entwurf schon bei flüchtigem Durchlesen erkennen lasse, daß alle Wünsche der Gewerkschaften unerfüllt geblieben seien, und daß er lediglich ein Produkt der Regierung darstelle, die die Absicht habe, die ganze Gewerkschaftsbewegung von der Wirtschaftsführung fernzuhalten. Die Forderungen der Gewerkschaften gehen dahin, im endgültigen Reichswirtschaftsrat eine vollständige Parität herzustellen.

Arbeiter und Angestellte.

Frankenberg i. Sa. (Aussperrung von 15.000 Zigarrenarbeitern.) Unter Nichtachtung der Vereinbarung, nach der am 31. August vor dem Reichsarbeitsministerium Lohnverhandlungen stattfinden sollten, sind an verschiedenen Orten der Bezirksgruppe Sachsen des Reichsverbandes Deutscher Zigarrenhersteller die Arbeitnehmer tarifwidrig in den Ausstand getreten. Deshalb ist, wie der Reichsverband bekanntgibt, sämtlichen Belegschaften der bezeichneten Bezirksgruppe (Freistaaten Sachsen, Anhalt und Braunschweig, Teile von Thüringen, Provinz Sachsen und Hannover) die Kündigung zum 12. September zugestellt worden. Von dieser Maßnahme werden etwa 15.000 Arbeiter betroffen.

London. (Die Lohnbewegung unter den britischen Seeleuten.) Die Lohnbewegung unter den britischen Seeleuten nimmt immer drohendere Formen an. Die Besatzung des Dampfers „Aranza“ der Royal Mail Line weigerte sich, das Lohnabkommen zu unterzeichnen. Die „Aranza“ konnte ihre Reise nach Südamerika nicht antreten. Aus den gleichen Gründen mußte auch der Nordamerika-Dampfer „Majestic“ seine Reise verschieben. In Südafrika versucht man, den Schiffsverkehr und die Hafenbetriebe durch Einsatz indischer Seeleute an Stelle der streikenden wieder anzunehmen. Aus Bombay sind bereits 700 indische Seeleute nach Südafrika abgesandt worden.

New York. (150.000 Vergleiche im Streik.) Meldungen aus Philadelphia zufolge sind 50.000 Vergarbeiter in den Ausstand getreten. Weitere 100.000 Vergarbeiter aus anderen Bezirken haben sich der Streikbewegung angeschlossen. Die zuständigen Behörden erklären, daß die vorhandenen Kohlenvorräte für mehrere Monate ausreichen.

Der Streik wird sämtliche Steintohlenbergwerke der Vereinigten Staaten in Mitleidenschaft ziehen. 185.000 Vergleute werden insgesamt in den Streik treten. Präsident Coolidge erklärt eine Erklärung der Bundesregierung, wonach die Regierung nicht beabsichtigt, in dem Streik zu intervenieren, es sei denn, daß die Streiklage landesgefährliche Formen annimmt.

Köln. (Vor Lohnkämpfen im Braunkohlenbergbau.) Sämtliche Vergarbeiterverbände des rheinischen Braunkohlenreviers haben den zurzeit gültigen Lohnvertrag zum 30. September gekündigt. Sie fordern mit Wirkung vom 1. Oktober ab eine Lohnsteigerung von 35 %. Die Forderung wird mit den niedrigen Löhnen und der schwierigen Wirtschaftslage der Vergarbeiter begründet.

Börse und Handel.

Amstliche Berliner Notierungen vom 2. September.

* Börsenbericht. Das lebhaftere Geschäft, das in den letzten Tagen zu bemerken war, hielt auch weiterhin an. Trotzdem die Spekulation vielfach zu Realisationen schritt, blieb die Haltung der Börse bei einigen Schwankungen überwiegend fest. Auch am Markt der inländischen Anleihen ging es recht lebhaft zu; namentlich Kriegsanleihe war sehr fest. Am Geldmarkt ist eine kleine Erleichterung eingetreten; tägliches Geld stellte sich auf 8,50—10 %, monatliches Geld 10—10,50 %.

* Devisenbörse. Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,36—20,41; holl. Gulden 169,04—169,46; Dan. 80,75 bis 80,95; franz. Franc 19,72—19,76; belg. 18,84—18,88; Schweiz. 81,95—82,25; Italien 16,56—16,60; schwed. Krone 112,51—112,79; dän. 102,17—102,43; norw. 85,99 bis 86,21; tschech. 12,43—12,47; österr. Schilling 59,21 bis 59,35.

* Kartoffelsteigerungspreise je Zentner ab märkischer Station. Weiße Kartoffeln 1,90, rote Kartoffeln 1,80, Odenwälder blaue 1,90, Merentartoffeln 2,75, andere gelblichgelbe Kartoffeln 2,25.

* Marktbericht vom Magereichhof in Friedbrichssee. Schweine und Ferkelmarkt. Auftrieb: Schweine 232 Stück, Ferkel 868 Stück. Markterlauf: Langames Geschäft bei gedrückten Preisen. Es wurden gezahlt im Engroßhandel pro Stück für: Läufer Schweine, 7—8 Monate alt, 60—85 M., 5—6 Monate alt 55—65 M., Böcke, 3—4 Monate alt, 35—50 M., Ferkel, 9—13 Wochen alt, 26—35 M., 6—8 Wochen alt 21—26 M.

* Butternotierungen. 1. Qualität 2,30, 2. Qualität 1,86, abfallende Butter 1,66 Reichsmark.

* Die Aktion zur Senkung der Berliner Fleischpreise. Bei der mittleren Preisprüfungsstelle in Berlin-Schöneberg fand

unter Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Schner die Schlussitzung zur Besprechung der Preissteigerung am Fleischmarkt statt. Es wurde folgender Vorschlag der mittleren Preisprüfungsstelle für die Preispanne angenommen: „Als angemessen ist zu erachten, daß zwischen dem Schlachtviehpreis des Großschlächters und dem Verkaufspreis im Großfleischhandel eine besondere Spanne nicht zulässig sein soll. Der Großschlächter entnimmt seine Unkosten und Gewinne aus dem Kramverkauf (Häute usw.). Die Ladenfleischpreise sollen sich mit einem Bruttozuschlag von durchschnittlich 15 % auf den tatsächlichen Verkaufspreis des Fleisches begnügen.“

* Zollerhöhung für polnischen Weizen. Die Reichsregierung hat den Zoll für Weizen polnischen Ursprungs vom Inkrafttreten der Getreidezölle, das ist vom 1. September dieses Jahres ab, auf zehn Mark für den Doppelzentner festgesetzt.

* Schlachtviehmarkt. Auftrieb: Rinder 1751, darunter Bullen 387, Ochsen 534, Kühe und Färsen 830, Kälber 2000, Schafe 6416, Schweine 9346, Ziegen 76, Schweine aus dem Ausland 1207. Preise für 1 Pfund Lebendgewicht in Pf. Schen a) vollfleischige, ausgemästete 56—60, b) vollfleischige, ausgemästete im Alter von 4—7 Jahren 48—52, c) junge, fleischige, nicht ausgemästete 41—45, d) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 33—38; Bullen a) 53—56, b) 46 bis 50, c) 40—44; Kühe und Färsen a) 55—60, b) 45—50, c) 32 bis 40, d) 25—28, e) 18—22; Ferkel 34—40; Kälber a) —, b) 87—95, c) 75—82, d) 65—72, e) 55—60; Stallmästschafe a) 54 bis 60, b) 37—50, c) 25—30; Weidemästschafe (Vollfleiner) a) 60 bis 63, b) —, c) —; Schweine a) 92, b) 90—91, c) 88—90, d) 84—87, e) 80—83, f) —; Säue 80—83; Ziegen 18—25. Markterlauf: Bei Rindern und Schafen ruhig, bei Kälbern glatt, bei Schweinen ziemlich glatt; fette Lämmer gesucht.

* Häuteversteigerung. Die Versteigerung wurde fortgesetzt. Zum Angebot kamen hauptsächlich Großviehhäute in mittlerem und schwerem Gewicht. Der Besuch war gut und die Kaufkraft fast durchweg ziemlich rege, da wohl in den Verbereien wie auch im Lebergroßhandel kaum große Bestände vorhanden sind. Die Preise blieben im allgemeinen ziemlich unverändert, nur einzelne Lose zogen um einige Prozente an.

* Produktentbörse. Die Meldung, daß wahrscheinlich zum 1. Oktober die Einfuhrscheine für Getreide zur Einführung gelangen dürften, hat, obwohl es nicht an Zweifeln fehlt, doch die Verkäufer allgemein vorsichtiger gemacht und die Preise anziehen lassen. Hinzu kam, daß die Angebote vom Zolllande anhebend sehr gering und fest blieben, obwohl besonders in Roggen sich die diesseitigen Preise zum Export selbst mit Hinzurechnung der Einfuhrscheineinbegleitung höher als die heutigen polnischen Forforderungen faststellten. Die inländische Kaufkraft für Roggen ist übrigens nicht minder zurückhaltend als das Angebot. Für Weizen übten die matten amerikanischen und englischen Devisen gegenüber obigen Faktoren keinen Einfluß aus. Die Preise stellten sich höher. Gerste bei dauernd reichem Angebot in mittleren und geringen Sorten schwer veräußlich. Hafer in schwachem Angebot bei mehr Kaufkraft fest. Mehl wesentlich höher gehalten. Futtermittel fest.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	2. 9.	1. 9.		2. 9.	1. 9.
Weiz. märk.	220-226	216-222	Weizfl. f. Brl	12,5	12,5
pommerscher	—	—	Roggl. f. Brl.	14,2	12,2
Roggen, märk.	170-178	167-174	Haas	355-360	355-360
pommerscher	—	—	Leinfaat	—	—
Westpreuß.	—	—	Bitter-Erbf.	25-31	25-31
Futtergerste	—	—	fl. Speiseerbsf.	—	—
Brangerste	180-185	180-185	Futtererbsen	21-23	21-23
Hafer, märk.	177-185	174-182	Besuchfen	—	—
pommerscher	—	—	Aderbohnen	—	—
Westpreuß.	—	—	Biden	26-29	26-29
Weizenmehl	—	—	Lupin, blaue	12,5-14	12,5-14
p. 100 Kil. fr.	—	—	Lupin, gelbe	—	—
Ein. fr. inf.	—	—	Serabella	—	—
Sad (seinf.)	—	—	Rapskuchen	16,2-16,4	16-16,2
Mrt. u. Not.	31,7-34,7	31,2-34,2	Reinfuchen	22,6-22,8	22,6-22,8
Roggenmehl	—	—	Erdenschl.	12	12
p. 100 Kil. fr.	—	—	Soya-Schrot	21,4-21,6	21,2-21,5
Berlin br.	—	—	Torfmit. 30/70	9	8,8-9
infl. Sad	25-27	24,2-26,2	Kartoffelfl.	19	19

Schriftleitung Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Der Sterilisierapparat von **WECK** ist das zuverlässige Frischhaltungsgerät. Töten der Bakterien und Luftabschluß zugleich durch Erhitzen. Überzeugen Sie sich, daß jedes Stück die Marke **WECK** der Firma **WECK** Oflingen trägt. Daher das Wort ein weck en.

Niederlage bei:
W. Bell jr., Halver.
Gust. Schröder,
Schalksmühle.
W. Bever, Rönshl.
Aug. Vollmerhaus,
Kierspe-Bhf.

Futtermittel!

Empfehle und halte auf Lager vorrätig:
Gerste, Gerstenmehl, Plata-Mais, Perl-Mais, Bruch-Mais, Maismehl, Körnermischfutter, Bühnerweichfutter, Buchreis, Kartoffelflocken, Roggenmehl, Platahafer, Kanadahafer, Pferdehäcksel, Pferdemelasse, Weizenkleie, Ruchsalz, Viehsalz.
C. Zimmermann,
Dhl-Rönshl.
Fernruf Nr. 11.



Kommt ihr einst zu meinem Grabe,
Stört mich nicht in meiner Ruh',
Denkt was ich gelitten habe,
Gönnt mir doch die ew'ge Ruh'.

Heute abend 10 Uhr entschieft nach langem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser treusorgender Vater, Schwiegervater, Grossvater, Bruder, Schwager u. Onkel

Friedrich Busch

im 64. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Schlade b. Anschlag, Herweg
b. Meinerzhagen, den 2. Sept. 1925.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 5. Sept. nachm. 2 Uhr vom Sterbehause aus über Bergfeld statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme während dem Krankenlager und bei der Beerdigung unseres lieben Entschlafenen, sprechen wir allen hierdurch unseren innigsten Dank aus.

Familie Peter Brüser.

Bollwerk, den 2. Sept. 1925.

Zum Stellenwechsel!

Hierdurch geben wir bekannt, daß wir Stellen-Anzeigen (Angebote oder Gesuche), Pensions-Anerbieten und -Gesuche usw. für das bekannte Familienblatt

Daheim

zu Originalpreisen vermitteln.

Das Publikum hat nur nötig, den Anzeigentext in der Geschäftsstelle unseres Blattes, des Allgemeinen Anzeigers Halver abzugeben und die Anzeigengebühren zu entrichten. Die Expedition erfolgt prompt ohne Spesen für den Besteller, dem wir damit jede weitere Mühewaltung abnehmen.

Die Anzeigenpreise im Daheim sind im Vergleich zur großen Auflage niedrig und betragen gegenwärtig 80 Pf. für die ein-spaltige Druck-Zeile (7 Silben), bei Stellen-Gesuchen nur 60 Pf.

Gesuchte und Angebotene Pensionen 1 Mt.

Das Daheim ist über ganz Deutschland und angrenzende Teile deutscher Zunge stark verbreitet. Sein weltbekannter, wöchentlich erscheinender Personal-Anzeiger führt Angebot und Nachfrage rasch und sicher zusammen.

Wir empfehlen, die Anzeigen möglichst frühzeitig aufzugeben.

Die Geschäftsstelle des „Allgemeiner Anzeiger“ Halver.

Geben

Herde u. Oefen

ab Lager Kierspe zu Fabrikpreisen ab.

Otto Haase & Co.

Kierspe, Telef. 181
Amt Meinerzhagen.



Bommerter Wehr-Verein

feiert

am Sonntag, 6. Sept.

sein

58. Stiftungsfest.

Festfolge:

2 1/2 Uhr nachm. Antreten am Vereins-lokal Schultenhefeld. Dortselbst am Kriegerdenkmal Ansprache und Niederlegung eines Kranzes zu Ehren der Gefallenen. Anschl. Festzug z. Festlokal Bommerter. Gemeindefestlich. Kaffeetrinken und

Konzert,

während dess. Ehrung von Kameraden.

8 Uhr abends **Festball.**

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein

Der Vorstand.

Die Kameraden erscheinen in Mütze, Orden und Ehrenzeichen sind anzulegen.

Pfadfinder-Räder

Versand nur gegen Nachnahme.

Herrenräder M. 65.— 68.— 72.— 85.—

Damenräder M. 72.— 76.— 80.— 96.—

mit Freilaufzahnkranz M. 3,50 Aufschlag.

mit Freilauf u. Rücktrittbremse M. 14.— Aufschlag.

Sämtliche Räder sind mit Doppelglockenlager versehen und leisten für jedes Rad eine schriftl. 2jährige Garantie gegen Rahmen- und Gabelbruch.

Fahrrad-Mantel M. 2,95 3,65 3,95 4,80

Fahrrad-Schläuche M. —.95 1,35 1,65

Verlangen Sie sofort kostenlos ausführlichen Katalog über Nähmaschinen

Musik- u. Spielwaren

Emil Levy, Hildesheim.

Inferieren bringt Gewinn!

Nachbarschaft Kreis u. Umgegend

General-Versammlung

am Sonntag, 6. Sept.

nachm. 4 Uhr bei Ww:

Höller, Kreisf.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Der Vorstand.

Breitemeister gesucht.

Wohnung kann gestellt werden.

Angebote unter 2 100 an die Geschäftsstelle des Allgemeinen Anzeigers Halver.

Kleine Landwirtschaft, Haushalt 2 Personen (2 Kühe) sucht zuverlässiges

Mädchen

welches melken kann

Kud. Schönenberg,
Heinken-Heide b. Anschlag

Erhielt heute Oldenburg.

Läufer-schweine

Carl Schmale
Halver.
Telefon 23.

Spazierstöcke
empfiehlt

Wilh. Bell jr.